

Deutschlands für eine Notwendigkeit hin, um den unterdrückten Völkern zu helfen. Die jüdisch-sozialistische Arbeiterpartei Poale Zion wünscht erfolgreiche Arbeit zum Wohl der deutschen und internationalen Arbeiterschaft. Ein herzlich gehaltenes Schreiben übermittelt die Jugoslawische Arbeiterpartei, die auf die große Bedeutung unserer Partei für die internationale Bewegung hinweist. Die österreichische Bruderpartei sendet herzliche Grüße, ebenso die Exekutive der tschechoslowakischen Arbeiterpartei, ferner die Genossen der estländischen Sozialdemokratie im Auftrag ihres Zentralkomitees. Die finnländische Partei wünscht besten Erfolg, ebenso die norwegische Arbeiterpartei.

In großer Zahl sind Glückwünsche aus dem Reich eingegangen, die bekanntzugeben unmöglich ist. Ich hebe nur die Glückwünsche des Genossen Adolf Köster hervor, des deutschen Gesandten in Riga.

Außerdem ist ein Telegramm eingegangen, das ich Ihnen nicht vorhalten will:

Hoffend, daß der Parteitag wegweisend in der Bekämpfung der Reaktion von rechts und links wird, wünscht seiner Tagung besten und vollen Erfolg.
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.
Der Bundesvorstand.

(Lebhafter Beifall.) Als vor wenigen Tagen Genosse Löbe im Reichstag darauf hinwies, daß die deutsche Sozialdemokratie im Bunde mit den deutschen Republikanern eine Armee von jungen Leuten aus dem Boden stampfen wird, die bereit und fähig sind, die deutsche Republik zu schützen und zu schirmen gegen die Treibereien der im Stahlhelm und Werwolf zusammengeschlossenen Reaktion, hatte er die Organisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold dabei im Auge. In wenigen Monaten haben sich etwa $\frac{1}{2}$ Millionen junger und kräftiger Republikaner unter diese Fahne geschart, in der Mehrzahl Sozialdemokraten, um die deutsche Republik zu schützen. (Lebhafter Beifall.)

Ich sage namens des Parteitages unseren Gästen für ihre herzlichen Glückwünsche unseren besten Dank. Uns alle begeistert ja das gleiche hohe Ideal der Befreiung von dem doppelten Joch der ökonomischen Knechtschaft und politischen Sklaverei. Wir wissen uns alle eins mit den Genossen in der Internationale. Wenn unsere Gäste in ihre Heimat zurückkehren, können sie berichten: die deutsche Sozialdemokratie hat schwere Kämpfe hinter sich, sie ist aber nicht geschlagen. Der Mut der Sozialdemokratie ist ungebrochen, ihr Banner weht in starker Hand, getragen von der Hoffnung der deutschen Arbeiterklasse, den in den Gewerkschaften, den politischen Organisationen und von den in den Genossenschaften zusammengeschlossenen Scharen der Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht voll Mut und Kraft in diesem Kampf, weil sie von dem unzerstörbaren Glauben befeuert ist, der einst die Partei geschaffen hat, der sie aus der Sekte heraus zu der Partei entwickelt hat, die in Deutschland trotz der gegenwärtigen Kämpfe und scheinbaren Rückschläge die leitende politische Stellung einnimmt. An der Republik — das sagen Sie den Genossen in den anderen Ländern — halten wir fest und lassen an ihr nicht rütteln, denn der Bestand der deutschen Republik ist die Voraussetzung für den Frieden Europas. (Lebhafter Beifall.)

Die deutsche Republik aber braucht Luft und Licht zum Leben. Wenn eins uns mit Freude und Stolz erfüllt, so ist es die Tatsache, daß aus allen Reden die Erkenntnis hervorklang, daß die Sozialdemokratie in ihrem Kampf um Bewegungsfreiheit für das deutsche Volk, für das jüngste und gequälteste aller europäischen Staatswesen Verständnis bei den Proletariern aller Länder findet. Darum setzen wir alles daran, unsere Schar geschlossen zu halten, die deutsche Sozialdemokratie als das zu bewahren, was sie war und bis zur Stunde ist, die

stärkste und geschlossenste Organisation, das marschbereite Kadre im internationalen Heerhaufen des Proletariats.

Wie auf allen Tagungen zu Beginn und Schluß bringen wir zum Vortrag das Lied der internationalen Massen, in das die Sänger, Gäste und Delegierten miteinstimmen werden zum Gelöbnis unserer Treue für die Internationale.

Der Parteitag stimmt hierauf machtvoll in den Schlußgesang, die Internationale, ein.

Unter der begeisterten Zustimmung des Parteitages schließt hierauf der Vorsitzende Wels die Eröffnungssitzung und bemerkt, daß die Mandatsprüfungskommission zu Beginn der morgigen Sitzung den Delegierten beim Betreten des Saales die Mandate abzunehmen hat.

Schluß der Sitzung 9¼ Uhr.

Zweite Sitzung.

Donnerstag, den 12. Juni 1924, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender Dittmann: Die Sitzung des Parteitages ist eröffnet. Als Schriftführer bitte ich die Genossen Engelmann-Annaberg, Trinks-Karlsruhe, Martwardt-Lüneburg aufs Bureau. Die Mandatsprüfungskommission tritt nachher zusammen, die Mandate sind ihr zuzustellen.

Es ist folgendes Begrüßungstelegramm aus Riga eingelaufen:

Sozialdemokratie Lettlands sendet herzliche Grüße. Möge der Parteitag beitragen zum baldigen Aufschwung der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands.

Partei Vorstand, Bruno Kalnin.

Ferner ist eingegangen ein Schreiben von der französischen Partei (Bravo!), das in deutscher Uebersetzung lautet:

Liebe Genossen, wir haben Ihre lebenswürdige Einladung vom 27. Mai erhalten, in der wir aufgefordert werden, Ihrem Kongreß beizuwohnen. Leider können wir uns nicht vertreten lassen, denn die Ereignisse in Frankreich sind von außerordentlicher Bedeutung und die gegenwärtige politische Situation ist sehr schwierig. Wir wünschen Eurer Zusammenkunft vollen Erfolg und bitten Euch, von unsern brüderlichen Gefühlen überzeugt zu sein.

Der Generalsekretär: Paul Faure.

(Beifall.)

Wir haben zu dem gestern zurückgestellten Antrag III zu Punkt 3 der Tagesordnung Stellung zu nehmen, zum Bericht der Reichstagsfraktion einem Vertreter der Fraktionsminderheit als Korreferenten das Wort zu geben. Außerdem ist ein von 80 Unterschriften unterstützter Antrag eingelaufen zum Antrag III, den Genossen Dittmann als Korreferenten zu bestimmen. Ich gebe dem Genossen Fleißner zur Begründung des Antrags auf Einsetzung eines Korreferenten das Wort.

Fleißner = Dresden-Briesnig: Parteigenossen und -genossinnen! In der Fraktion des vorigen Reichstags haben über eine Reihe grundsätzlicher Fragen starke Meinungsverschiedenheiten geherrscht, die ihren Ausdruck zum Teil sogar bei Abstimmungen im Reichstage fanden. Andererseits ist die Tatsache, daß die Politik der Partei heute von der Reichstagsfraktion stark beeinflusst wird und daß die Parteigenossen im Reich aber die Verantwortung für diese Politik zu tragen haben, geeignet zu veranlassen, daß wir uns eingehend über diese Dinge unterhalten. Wenn auch der Referent auf diese Vorgänge ein-

gehen wird, scheint es mir doch auch bei der größten Sachlichkeit in Rücksicht auf die Schwierigkeit der Materie unmöglich zu sein, im Referat auch die andere Seite entsprechend zu Wort kommen zu lassen. Es ist übrigens ein alter Brauch in der Partei, bei wichtigen Angelegenheiten, wo starke Meinungsverschiedenheiten herrschen, auf dem Parteitag beiden Richtungen das Wort zu geben. Niemand aber sind Fragen von größerer Bedeutung in Betracht gekommen als diejenigen, die in der Fraktion des vorigen Reichstags eine so große Rolle gespielt haben. (Sehr richtig!) Daher ist es dringend geboten, in einem Korreferat die von der Mehrheit der vorigen Reichstagsfraktion in wichtigen grundlegenden Fragen abweichende Meinung zu hören.

Es hat sich dabei, um nur einiges hervorzuheben, um die Ruhraktion, um die Bildung der großen Koalition und um die Ermächtigungsgesetze gehandelt. Schon diese drei Fragen rechtfertigen unser Verlangen nach einem Korreferat. Der Ausfall der Reichstagswahlen ist von diesen Fragen sicher stark beeinflusst worden, und zwar zuungunsten unserer Partei. (Sehr richtig!)

Wir stellen unsern Antrag, weil die anwesenden aus den Bezirken gewählten Delegierten über die Dinge nicht so orientiert sein können, wie für eine Entscheidung vorausgesetzt werden muß. (Widerpruch.) Ich bitte deshalb den Parteitag, den Antrag anzunehmen.

Schred-Bielefeld: Nach meiner Meinung sprechen nicht nur alle sachlichen, sondern auch alle taktischen Gesichtspunkte gegen den Antrag, einen Korreferenten zu bestimmen. Was verstehen die Antragsteller unter Fraktionsminderheit? (Sehr gut!) Jeder, der die Dinge aufmerksam verfolgt hat, weiß, daß die Minderheiten und Mehrheiten in der Fraktion manchmal stündlich wechseln mußten, weil unter dem Druck der politischen und wirtschaftlichen Hochspannung der Politiker verpflichtet ist, nicht nach einem Schema zu handeln, sondern nach dem, was im Augenblick für die Interessen des demokratischen Sozialismus notwendig ist. (Sehr richtig!) Dazu kommt, daß besonders in der Frage des Ermächtigungsgesetzes allen Delegierten bekannt ist, daß die beiden Fraktionsvorsitzenden Müller und Dittmann gegen die Haltung der Mehrheit der Fraktion waren (hört! hört!), und insofern die Fraktionsminderheit aufs beste repräsentieren können. (Heiterkeit.)

Ist weiter nicht bekannt, daß in der Frage der großen Koalition Minderheit und Mehrheit durcheinandergelaufen sind! Daß Freunde von mir auf dem Standpunkt standen, daß der Austritt aus der Regierung sachlich nicht richtig sei? Wenn bei diesen entscheidenden Fragen niemand in der Fraktion gegen die Bestellung des Genossen Müller als Referenten war, kam gerade in dieser Beschlussfassung zum Ausdruck, daß es sich in der Erörterung nicht um Gründe der Mehrheit und Minderheit handeln kann, sondern daß die Berichterstattung erfolgen muß, um zusammengedrängt auch zu sagen, was für Schlussfolgerungen zu ziehen sind für das, was kommen muß. (Sehr richtig!)

Genosse Fleißner hat von einem Brauch der Partei gesprochen, bei besonderen Fragen einen Korreferenten zu stellen. Aus der Geschichte der Parteitage mußte er wissen, daß es sich dabei stets um klar umrissene grundsätzliche oder taktische Fragen gehandelt hat.

Ich glaube auch nicht, daß mit der Bestellung eines Korreferenten die Debatte abgekürzt wird. Durch das Korreferat werden auch diejenigen, die sich nicht in einer geschlossenen Minderheit befinden, sich vielleicht zu sehr festgelegt fühlen. (Zurufe.) Denn schon meine einfachen Hinweise finden hier Widerpruch! Wieviel mehr wird ein Widerspruch gegen manche Darlegungen des Genossen Dittmann gerade auch von der „Minderheit“ erfolgen! Dann sind

Berichtigungen und sachliche Einwürfe notwendig, so daß dadurch eine Verlängerung der Debatte erfolgt.

Gerade wer aus dem, was hinter uns liegt, und den damit verbundenen Parteikämpfen die Schlussfolgerung zieht, daß wir jetzt alle Veranlassung haben, gegenüber dem Ansturm von rechts und links eine kompakte, geschlossene Front herzustellen, sollte davon Abstand nehmen, sich allzu sehr in Einzelheiten zu verlieren. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen. (Beifall.)

Vorsitzender Dittmann: Es haben sich noch Redner für und gegen den Antrag gemeldet. Mit Rücksicht auf die acht Punkte der Tagesordnung, die in drei Tagen erledigt werden müssen, sollte der Parteitag sich auf den Standpunkt stellen, nach je einem Redner für und gegen den Antrag bereits durch Abstimmung zu entscheiden, wie er sich verhalten will. (Zustimmung.) Wir werden also so verfahren.

Der Antrag auf Einsetzung eines Korreferenten wird mit 228 gegen 111 Stimmen abgelehnt.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Der Parteiauschuß hat mit der Kontrollkommission und dem Parteivorstand beschlossen, Ihnen vorzuschlagen, die Referate des Genossen Wets zum Parteivorstandsbericht, des Genossen Ludwig zur Organisation und des Genossen Müller zum Bericht der Reichstagsfraktion unmittelbar hintereinander erlassen zu lassen, um nach Anhörung der drei Referate eine Gesamtdiskussion erfolgen zu lassen. Da ich keinen Widerspruch höre, werden wir so verfahren.

Ferner ist gestern in der Sitzung des Parteiaususses, der Kontrollkommission und des Parteivorstandes die Frage der Parteidifferenzen in Sachsen besprochen worden. Es wurde für zweckmäßig gehalten, eine Kommission einzusetzen, um alle Einzelheiten dieser Angelegenheit in ihr eingehend zu erörtern. Dabei war allgemeine Auffassung, daß die Kommission zunächst den Versuch, eine Verständigung unter den sächsischen Genossen herbeizuführen, machen müsse. Wenn dieser Versuch fehlschlagen sollte, sollte die Kommission mit einem bestimmten Antrag an den Parteitag herantreten, wie die Sache zu entscheiden sei. Es wurde weiter vorgeschlagen, da alle Genossen, die in Sachsen im Vordergrund der Bewegung stehen, mehr oder weniger Partei sind, die sächsischen Genossen von beiden Seiten zwar ausgiebig zu hören, aber nicht in diese Kommission zu delegieren, sondern die Kommission aus Genossen aus den übrigen Teilen des Reiches zusammenzusetzen, da es sich ja um eine Entscheidung der Gesamtpartei handeln soll, wenn eine Entscheidung nicht zu umgehen ist. Es wird vorgeschlagen, folgende 9 Genossen in diese „Sachsenkommission“ zu delegieren:

Leuenhew-Altona, Blum-Burg, Hoffmann-Eberfeld, Heilmann-Brandenburg, Buchwitz-Görlitz, Woltmann-Schwerin, Dietrich-Weimar, Oster-Stuttgart, Simon-Lugsburg.

Zu diesem Vorschlag hat Genosse Liebmann-Leipzig das Wort.

Liebmann-Leipzig: Die sächsische Delegation hat schwerste Bedenken gegen die Zusammensetzung der Kommission. Die Absicht, eine neutrale Entscheidung zu fällen, kann nicht erreicht werden, wenn die sächsischen Genossen überhaupt in dieser Kommission ausgeschaltet werden. Die Frage der sächsischen Parteilichkeiten hat die sächsische Parteiorganisation in den letzten Monaten viel zu stark beschäftigt, als daß wir es hinnehmen könnten, daß bei der Entscheidung über diese Frage die sächsische Parteigenossenschaft ausgeschaltet wird. Ich bitte dringend, einige Parteigenossen aus Sachsen in die Kommission einzubeziehen. Die Ausschaltung der sächsischen Genossen würde den Eindruck erwecken, daß die sächsische Parteiorganisation von vornherein an die Wand

gequetscht worden ist. Die Einbeziehung der sächsischen Genossen würde auch die Arbeit der Kommission wesentlich erleichtern.

Vorsitzender Dittmann: Damit kein Irrtum entsteht, Genosse Liebmann: Die sächsischen Genossen von beiden Seiten sollen in der ausgiebigsten Weise gehört werden. Nur wenn keine Verständigung zu erzielen ist und sich die Notwendigkeit einer Entscheidung ergibt, sollen die sächsischen Genossen bei dieser Entscheidung nicht mitwirken, weil sie ja ohnehin Partei sind und die Stimmen der sächsischen Genossen in der Kommission sich gegenseitig aufheben würden, da wir ja beide Seiten gleichmäßig berücksichtigen müßten.

Liebmann-Weipzig: Die sächsischen Genossen müssen aus Zweckmäßigkeitsgründen die Möglichkeit haben, aktiv auch im ganzen Laufe der Verhandlungen und bei der Urteilsfindung und Formulierung mitzuwirken. Diese Mitwirkung würde das Vertrauen zur Entscheidung der Kommission innerhalb der sächsischen Organisation wesentlich steigern und die Stellung der Genossen im Lande erleichtern. Ich bitte deshalb dringend, zwei sächsische Genossen in die Kommission zu wählen.

Vorsitzender Dittmann: Die vorgetragene Argumente sind auch gestern in der Sitzung des Parteiaussschusses, des Vorstandes und der Kontrollkommission zur Geltung gebracht worden. Beide Seiten sollen in ausgiebigster Weise gehört werden. Alle Argumente sollen gewürdigt, alle Personen vernommen werden, deren Wort für die Entscheidung der Kommission von Wert sein kann. Der Vorschlag, zwei Sachsen zu den neun Genossen aus dem übrigen Reich hinzuzuwählen, wurde auch gestern gemacht. Nach ausgiebiger Aussprache ist trotzdem beschlossen worden, die Kommission in der vorhin von mir vorgetragene Weise zusammenzusetzen.

In der hierauf erfolgenden Abstimmung wird der Vorschlag des Parteiaussschusses, der Kontrollkommission und des Parteivorstandes, eine Kommission von 9 Genossen aus dem Reich einzusetzen, mit großer Mehrheit angenommen. — Der Antrag Liebmann ist damit abgelehnt.

Der Parteitag tritt hierauf in die Tagesordnung ein:

1. Bericht des Parteivorstandes.

a) Allgemeines.

Berichterstatter Wels - Parteivorstand: Parteigenossinnen und -genossen! Der jetzige Parteitag ist der erste nach der Einigung von Nürnberg, der erste Parteitag der wiedervereinigten Sozialdemokratie; und darin liegt seine besondere Bedeutung. Auf diesem Parteitag werden verschiedene Strömungen zutage treten. Das war auch in früheren Zeiten so. Aber dieser Parteitag wird als die Verförperung einer Partei erscheinen, die einig und entschlossen ist, einig zu bleiben. Die Trennung in zwei sozialdemokratische Parteien liegt bereits wie ein böser Traum hinter uns. Niemand hat den Wunsch, diese Spaltung in zwei Parteien wieder herbeizuführen. (Sehr richtig!) Das Wesen einer einigen Partei besteht nicht darin, daß alle einer Meinung sind, sondern darin, daß jeder innerhalb des Rahmens der Partei, soweit er nach rechts oder links gespannt ist, seine Meinung frei äußern kann, ohne an irgendeine Schranke gebunden zu sein. Die Einigung der Partei in Nürnberg hat diesen Rahmen weiter gespannt und damit die Bewegungsfreiheit des einzelnen stark vermehrt. Es ist wie bei der Vereinigung einzelner Staatswesen, wodurch der Bürger der verschiedenen Staatswesen das Recht erhält, sich innerhalb des vereinigten Einheitsstaats frei anzuklembeln. Von diesem Recht der geistig freien Ansiedlung ist in den letzten Jahren der weiteste Gebrauch innerhalb der Partei gemacht worden.

Die Gruppierungen innerhalb der gesamten Partei entsprechen längst nicht mehr in ihrer persönlichen Zusammensetzung dem, was wir gehabt

haben, als es zwischen den beiden früher getrennten Parteien noch Grenzpfähle gab. Ueber all das spannt sich jetzt der verbindende Bogen der gemeinsamen grundsätzlichen Auffassung. Trotz der zahlreichen Wortmeldungen glaube ich nicht, daß es auf diesem Parteitag Debatten von großer prinzipieller Bedeutung geben wird. Wir sind in dieser Beziehung heute einiger als je.

Wir sind einig in dem Festhalten an unserem großen sozialistischen Endziel, einig aber auch in der Erkenntnis, daß uns kein Wunder den Endsieg in den Schoß werfen wird, sondern nur die methodische Schulung der organisatorischen Kräfte des arbeitenden Volkes uns schrittweise diesem Ziel näher bringen kann. Wir unterschätzen die Kräfte unserer Gegner nicht. Wir erkennen den Kampf zwischen Kapital und Arbeit, der auf gewerkschaftlichem Gebiet um die Arbeitsbedingungen, auf politischem Gebiet um die Arbeiterchutzgesetzgebung und um die Lastenverteilung geführt wird, als einen Kampf um die Herrschaft im Staate an. Uns ist bekannt, was die Kapitalmacht durch die ihr gefügigen Parteien und durch ihre Presse leistet. Ihr die organisierte Macht der Arbeit entgegenzusetzen, ist unsere Aufgabe.

Wir sind ferner in der Partei einig, daß die Arbeit für den Klassenkampf gegen das Kapital den besten Kampfboden in der Demokratie findet. Es gibt kein schlimmeres Wort zur Verkleisterung der Proletariiergehirne als das, daß die Demokratie als die bloße Kulisse der Kapitalsherrschaft zu bezeichnen ist. Betrachten wir diese Frage doch geschichtlich! Waren es etwa die Kapitalisten oder die Bourgeois, die sich irgendwo für die Demokratie einsetzten oder ihr Blut vergossen? In England dröhnte uns der Ruf nach dem allgemeinen Wahlrecht zuerst aus der Charlistenbewegung entgegen, die eine reine Klassenbewegung des Proletariats war. In Paris eroberten 1848 die Arbeiter die Republik und das gleiche Wahlrecht auf der Straße. In Deutschland stieß Lassalle Anfang der sechziger Jahre den Ruf nach dem gleichen Wahlrecht als dem Kampfruf des revolutionären Proletariats aus. Ueberall, wo um die Demokratie gekämpft wurde, stand die Masse der Kapitalisten und der Bourgeoisie auf der anderen Seite der Barrikaden. Vor diesem Hause hier haben einst die Arbeiter Berlins für das gleiche Wahlrecht demonstriert. In diesem Hause könnte dem Ministerpräsidenten von Bülow der Ruf ins Ohr: Ihr seid gewarnt, her mit dem gleichen Wahlrecht! In diesem Saale hat jahrzehntelang das preußische Dreiklassenparlament getagt. Immer haben die Vertreter der Arbeiter den Kampf um das gleiche Wahlrecht geführt. Wie isoliert wären die paar Sozialdemokraten, die damals hier im Hause saßen! Welcher zähe Widerstand wurde ihnen von den Junkern geleistet, während die Bourgeoisie in stumpfer Resistenz verharrte. Erst durch den Zusammenbruch kam das allgemeine Wahlrecht und die demokratische Republik, weil es eine Forderung der deutschen Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie war, die jahrzehntelang darum gekämpft hatte. Persönliches Regiment und Dreiklassenwahlsystem in Preußen waren die Wälle, die sich dem Vormarsch der Arbeiterklasse entgegenstellten. Großgrundbesitzer und Kapitalisten haben sich hinter diesen Wällen verschanzet. Jetzt, wo sie gefallen sind, sollen wir sagen, daß das alles nichts gewesen sei? Gewiß war es noch nicht alles, — und noch nie hat ein Sozialdemokrat geglaubt, daß mit Erringung der demokratischen Staatsverfassung schon alles gewonnen sei.

Unter dem Dreiklassenwahlrecht konnte in diesem Hause nur eine geringe Minderheit von Arbeitern sitzen. Jetzt gibt uns das gleiche Wahlrecht die Möglichkeit, die Mehrheit in diesem Saale, im Reichstag, in jedem Landtag, in jedem Rathaus in Deutschland zu gewinnen.

Wir sind in der Partei auch darin einig, daß die arbeitende Bevölkerung an der Demokratie festhalten muß, um in ihr und durch sie zur Mehrheit zu

gekommen, um im Besitz dieser Mehrheit ihren Klassegegnern zuzurufen zu können: der Staat sind wir!

Überall in Europa, wo der demokratische Gedanke Einbuße erlitten hat, ist es durch die Gegner der Arbeiterklasse geschehen. Überall kämpft die Arbeiterklasse im Zeichen der Demokratie: in Italien gegen Mussolini, in Ungarn gegen Horthy, in Spanien gegen Primo de Rivera, und in Frankreich kämpft sie gegen die Diktaturgeißelte Millerands, die er nach Antritt seiner Präsidentschaft ankündigte und womit er einen Sturm entfachte, der ihn gestern fortsetzte. Ist Rußland eine Ausnahme davon? Wer kann uns sagen, wie die russischen Arbeiter zu ihren gegenwärtigen Machthabern stehen? Sie selbst können das am wenigsten, denn ihnen ist der Mund verschlossen. Auch selbst wenn es anders wäre, könnte Rußland uns kein Vorbild sein.

Nein, wir sind einzig im Bekenntnis zur Demokratie und zum demokratischen Staat, dessen Gründung in diesem Saale stattfand, als der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 mit überwältigender Mehrheit die Ausschreibung von Wahlen zur Nationalversammlung beschloß. Seither läßt sich ohne politisches Programm zusammenfassen: wir treten ein für die Demokratie, für die Republik und die politische, territoriale und finanzielle Reichseinheit, ohne die es in Deutschland keine Demokratie und erst recht keine Sozialdemokratie geben kann.

Wir haben nicht als sozialdemokratische Partei für das Selbstbestimmungsrecht der Völker gekämpft, damit unser Volk jetzt darauf verzichtet. Wir haben wie jede nationale Einheit ein Recht auf die nationale Geschlossenheit. Wir, die wir immer für die unterdrückten Völker eingetreten sind, haben die erste Pflicht, für unser Volk und seine nationale Freiheit einzutreten. Es gibt Parteigenossen, die im Kampf für die Reichseinheit nur eine nationalistische Sentimentalität sehen, die geeignet ist, die politischen Ziele der Partei zu verschleiern, gerade so wie uns unsere Gegner, die heute noch Kuhnzieher des schamlosen Wortes von den vaterlandslosen Gesellen sind, unterstellen, daß wir zum Stimmenfang ein nationales Mäntelchen umhängen, um unser internationales Gesicht zu verbergen. Wir haben seit der Einigung unausgesetzt mit Laten gegen diesen Vorwurf geantwortet, und die Haltung der sozialdemokratischen Männer und Frauen im besetzten Gebiet, an der Saar, an Rhein und Ruhr hat den Beweis geliefert, daß unser Wille zur Erhaltung des Staats und der Reichseinheit kein Lippenbekenntnis für den Wahlkampf, sondern uns Herzens- und Lieberzeugungssache ist, die oft unter sehr schweren Opfern aufrechtzuerhalten war.

Aber bei manchen in unseren Reihen erscheint auch noch das Verständnis für Wert und Bedeutung der Reichseinheit zu fehlen. Mühselt haben wir von landespolitischer Warte aus Reichspolitik treiben sehen. Das dient allein den Separatisten. Das Reich zertrümmern, heißt die deutsche Arbeiterarmee erschlagen, die dem Sozialismus einmal den Sieg erkämpfen soll. Soll ich im einzelnen aufzählen, was ein Zerfall des Reiches in seine Länder für den Bestand und die Wirksamkeit der Partei, für Presse und Versammlungsleben bedeutet? In der Zeit der militärischen Okkupation durch die verschiedenen Militärbefehlshaber in Sachsen, Thüringen usw. erlebten wir, daß das Reich, in Stücke zerrissen, nur noch in lockerem Zusammenhang miteinander stand. Was in einem Teil des Deutschen Reichs für Gesetz und Recht galt, wurde im anderen als Unrecht und Gesetzlosigkeit verjemt. Die Entwicklung in Sachsen und Thüringen spricht Bände, was dieser Zustand für die Partei mit sich brachte, wie im okkupierten Gebiet die organisierte Arbeitererschaft dem morgenluftmütenden Unternehmertum ausgeliefert ist; wie in Bayern der Klassenkampf und die Niedernüppelung der Partei geradezu behördliche Sanktion erhielt, dank eines meuternden Generals und eines hochverräterischen Diktators; wie in Thüringen

mit der letzten Schamlosigkeit jedermann beschimpft und entehrt wurde, der je in der Bewegung oder einem republikanisch geführten Amt stand, — dank einem Militärbefehlshaber, der unter jedes deutschpöpstliche Flugblatt seinen Stempel setzte, die Sozialdemokratie aber nach allen Kräften behinderte. Soll ich noch die Tragödie des Saargebiets, Sachsens, Westenburgs, der Pfalz aufrollen? So viel Wsplitterungen und Mißerfolge, so viel Lahmlegung und Zerschörung der großen Arbeiterarmee, der Sozialdemokratie, ohne die der Kampf und Sieg für uns unmöglich ist.

Das Ganze ist ein Vorgeschnack dessen, was uns passieren müßte, wenn die Reichseinheit einmal zum Teufel ginge, wenn solche Zustände der Anarchie und des Verfalls sich verewigen würden. Und das geschah in der Zeit, in der unsere Organisationen in großen Teilen Nord- und Süddeutschlands noch intakt und tätig waren, wo unsere Presse wirkte und unsere Versammlungen zünden konnten, in einer Zeit, wo wir die stärkste Partei im Reichstage waren. Denken Sie sich neben dem Verfall des Reiches auch automatisch die sozialdemokratische Partei hinweg, die als Voraussetzung für ihre Existenz die ungeteilte Existenz Deutschland hat, dann haben Sie das trostlose Bild im ganzen Umfang, das ein Wegfall der Reichseinheit nach sich ziehen würde. Dann erst sollten Sie die kleinstädtischen Despoten in den Restländern aufsteigen sehen, die nicht mehr durch Angst vor der Sozialdemokratie im Zaume gehalten, die Splitter der Sozialdemokratie erdgütig zu vernichten am Werke sein werden. Heute steht die Reichsregierung unangegriffen auf sicherer Warte vor den deutschpöpstlichen Desperados, die sich in den einzelnen Ländern an die Oberfläche gearbeitet haben. Es gibt noch Bundesstaaten, in denen unsere Leute mit in der Regierung sitzen und ihren Einfluß ausüben, vor allen Dingen auch im Reichsrat, dessen Voraussetzung wieder die Reichseinheit darstellt. Nehmen Sie das alles weg, dann verlieren wir die Demokratie in der Gegenwart und gefährden unsere sozialistische Zukunft in Deutschland.

Noch eins bedeutet der Kampf um die Reichseinheit, vielleicht das Wichtigste für den, den die Zugehörigkeit der Partei Herzenssache und Werbung für das Endziel, die Ideale des Sozialismus bedeutet. Prüfen Sie meine Worte an Ihren eigenen Erfahrungen, Genossen, und an den politischen Ergebnissen der letzten Wochen, insbesondere nach den Reichstagswahlen. Solange die Frage der Reichseinheit, des unabhängigen Nationalstaates Deutschlands nicht gelöst ist, wird der Kampf um Demokratie und Sozialismus, um Republik und Pazifismus immer in zweiter Reihe stehen, solange werden wir das Ohr des Volkes nicht in dem Maße für unsere Zukunftsideale haben, wie wir es wünschen. Das aussprechen heißt lediglich die Wahrheit sagen, ob sie uns auch unangenehm ist, ob auch unsere Gegner daraus eine Schwäche unserer Position oder unserer Parole herleiten. Wir müssen uns darüber klar werden, wenn wir die richtige und erfolversprechende Stellung einnehmen wollen. Jetzt haben sich Parteien und Eliten dieses Nationalgefühls, dieser Sehnsucht nach dem unbedrohten, unabhängigen, einheitlichen Nationalstaat bemächtigt, dieses berechnete Nationalgefühl mißbraucht und irregeleitet, zu einem wilden und sinnlosen Nationalismus umgefälscht und aufgepeitscht. Das kann uns über das primäre nicht hinwegtäuschen, die Grundlage zu finden, die besteht und bestand, ehe noch Deutschpöpstliche und Nationalsozialisten in diesen Boden ihre giftige Drachensaat senkten.

Es ist kein Zweifel, das Volk will aus dem nationalen Sammer heraus. Es hat es übersatt, Gegenstand von Bedrohungen und Demütigungen zu sein, es kann die wöchentlichen Sanktionen, die täglichen Ohrfeigen und Beschimpfungen durch außerdeutsche Chauvinisten nicht mehr ertragen, es verabscheut diese Peiniger und hält die unaufhörliche Beunruhigung einfach nicht mehr aus. Das Volk will nur eins, Ruhe und Sicherheit, wie sie klare Grenzen, scharf umrissene Pflichten

und unangefochene Rechte eines Volkes geben können. Daß das deutsche Volk in weitem Umfang in diesem Sehnen und Streben den Charlatanen und Wunderdoktoren des Chauvinismus verfallen ist und dort die Rettung sucht, wen erlauft das, und wer darf das selbstbewußt verurteilen! Auf dem Würzburger Parteitag 1916 hat schon Genosse Scheidemann darauf hingewiesen, daß es uns, wenn wir nach dem Krieg zur politischen Macht kämen und die Wunden des Krieges nicht heilen könnten, passieren könnte, daß das mißhandelte und getretene Volk zu anderen Wunderdoktoren läuft, um von ihnen die Heilung zu suchen, die wir als Sozialdemokraten ihnen nicht geben können. Wir haben vorausgesehen, was sich ereignen kann. Eben deshalb muß es unsere Aufgabe sein, unserem abgehegten und gepeinigten Volk zu helfen, wo es ein Recht auf unsere Hilfe hat, um sein und unser Haus sicherzustellen. Mehr noch! Wir standen an der Wiege der deutschen Republik, in deren Geburtsstunde der böse Stern des Waffenstillstandes aufgegangen war, dessen erstes Erwachen die Trümmer eines zugrunde geführten und gerichteten Kaiserreiches stürzen sah. Das legt uns die Verpflichtung auf, für dieses junge und unglückliche, in seiner Entwicklung gehemmte Staatswesen, für die Republik, für ihre Einheit und Wirkungsmöglichkeit einzutreten. Wer die Reichseinheit gefährdet, ist Helfer der Reaktion und Monarchie. Er hilft in zweierlei Weise: er macht den Weg frei für die Errichtung der Monarchie auf den Trümmern der zerfallenen Republik und läßt es zu, daß der berechtigte und wahrhafte Drang weitester Volksteile nach dem unbedrohten, ungeteilten Nationalstaat solange von Quacksalbern der äußersten Rechten zu giftigem Astersozialismus umgefälscht wird, bis im Innern die Wiedergeburt des alten monarchistischen Zwangsstaats zur Wahrheit geworden ist.

Nur in der Reichseinheit kann die große sozialdemokratische Armee und Partei formiert werden. Nur ein Volk, von dem die nationalen Sorgen genommen sind, kann über Haß und Revanchegefühle hinaus die Parole einer helleren und völkerveröhnenden Zukunft hören. Darum führen wir den Kampf für die Reichseinheit, für die Republik, um in ihrem sicheren Besitz für den Ausbau des Reichs in unserem Sinne zu wirken. Die Einheit der Republik ist der Schutz vor Vergewaltigung der sozialistisch Denkenden und Handelnden in den einzelnen reaktionär verjudeten Teilen des Reiches, sie ist der einzige Zustand, in dem unser Volk vom Chauvinismus abgelenkt und für hellere Zukunft und freudigere Ideale empfänglich gemacht werden kann.

Wenn die Einheit und Sicherheit der Republik all das bedeutet und mehr, dann ist die Ergänzung der Parole für jeden Sozialdemokraten klar. Sie kann nur lauten: alles aufbieten gegen die Zerstörung der Reichseinheit und energischer Kampf gegen die Reaktion und ihre Schrittmacher. Die Gefahr für die äußere Politik und für die Einheit des Reiches bestand in dem, was wir bis vor wenigen Wochen Poincarismus nannten, aus dem Bestreben, das auch heute noch in Frankreich bei den letzten Wahlen und jetzt seinen starken Einfluß ausübte, bestand aus den Schichten von Kapitalisten, Militärs und Berufschauvinisten, die Deutschland mit ihren Bajonetten in seiner Entwicklung zu zerstören strebten, indem sie Deutschland aus den Reihern der Einheitsstaaten streichen und an Stelle eines großen Volkes eine Menge haltloser Volksseken setzen wollten. Ich weiß, dieses Frankreich wilhelminischen Gepräges hat an sich die Macht, Teile aus dem Leibe Deutschlands herauszureißen, täglich Vergewaltigungen zu verüben und immer noch neue fruchtbare deutsche Flure in Exerzierplätze umzuwandeln. Wer könnte in Deutschland die Macht aufbringen, diesen Armeen entgegenzutreten und die französischen Generale aus dem vergewaltigten Deutschland herauszubringen! Aber, Parteigenossen, es ist ein gewaltiger Unterschied zwischen dem Besitz der tatsächlichen Macht und der Möglichkeit, sie in Aktion zu setzen,

auch für Herrn Poincaré. Es gibt eine Weltmeinung, die eine, wenn auch unbewaffnete Macht ist, mit der sich in gar zu grellen Widerspruch zu setzen, auch für Poincaré eine Unmöglichkeit, eine Gefahr, sein Sturz war.

Nur eine Möglichkeit gibt es gegen die Niederlage dieser Herren. Und dafür sorgen reichlich ihre Epigonen, ihre Ebenbilder in Deutschland, unsere Deutschnationalisten. Sie vor allen Dingen sorgen dafür, daß in Frankreich der Chauvinismus nicht ausstirbt und die Gedankengänge, die bei den Wahlen sich zum Sieg durchgerungen haben, nur schwer an die Oberfläche kommen, unsere Nationalisten mit ihrem Revanchegeheiß, ihrem Rassen mit den kümmerlichen Holzstäben, mit ihren für einen ersten Kampf unzureichenden Waffenlagern, mit ihren kindischen Verschwörungen, ihren Sekundanerputzchen und der Maserade der Parademärsche vor prinziplichen und militärischen Gespenstern. Sie geben der Weltmeinung immer wieder die Unterlage für die Auffassung, daß Deutschland doch eine Gefahr für den öffentlichen Frieden der Welt sei, sie rechtfertigen den Appell an die Militärmacht Frankreichs. Das sind unsere Deutschnationalisten und wie sie alle heißen und ihre augenblicklichen Erfolge. Sie begehen die dümmste Sünde wider den heiligen Geist der Politik: sie provozieren, während sie zur Gegenwehr völlig unfähig sind.

Wie aber kam es, daß die Nationalisten trotz allen Lärms, den sie zu machen verstanden haben, noch vor kurzem bedeutungslos waren, und dennoch mit „heil“erfolgen aufwarten können, daß sie in Mecklenburg führend sind, in Thüringen die Regierung von Strohputzen an der Strippe führen und in ihren Kundgebungen nach den Reichstagswahlen sich so gebärden, als ginge übermorgen schon die politische Macht im Reich in ihre Hände über? Wo liegt die Erklärung dafür, daß sie uns heute schon im Ausland mit ihren Bahziffern blamieren und übermorgen noch mehr diskreditieren. Ich habe von dem nationalen Glend gesprochen, aus dem unser Volk heraus will und wie es bei diesem nur verständlichen Bestreben in die Hände der rechtsradikalen Quacksalber fällt. Das ist aber nicht der Hauptgrund für dieses Verlagen des kleinen und mittleren Bürgertums, der politisch nicht geschulten Arbeiter, die seit sechs Jahren zwischen Sowjetkern und Hakenkreuz hin- und herpendeln, die bald den roten, bald den weißen Terror anbeten. Sie sind gar nicht freiwillig in die Arme der Herren Dinter und von Graefe gesunken, sie sind ihnen geradezu von dem Hauptfeind der Reaktion zugetrieben worden, von den Kommunisten. So steht die Rechnung der Reaktion und ihrer Schrittmacher. Ohne Reaktion kein Kommunismus, ohne Kommunismus kein Rechtsradikalismus. Das sind die ineinandergreifenden Glieder der Kette, an denen sich Deutschland mund reißt, die es schließlich erdroffeln müssen. Die einen sorgen für die äußere, die anderen für die innere Aktion und der Erfolg ist die Zerstörung der deutschen Republik. Sicher wäre dieser ganze Hegehsabbat zweier angeblich spinnefeindlichen, in Wahrheit aber Hand in Hand arbeitenden Parteien unmöglich ohne die Unterlage, aus der sie beide ihre Kraft ziehen: die Dummheit des deutschen Spießbürgertums, die nur von seiner Feigheit übertroffen werden kann. (Sehr richtig!) Nur dadurch erklären sich die negativen Erfolge des Kommunismus als Bürger-schrecken weiter Kreise in Deutschland und ihre Einordnung in den Ordnungsbloß. Für uns am traurigsten, auch für unsere Frontziehung das entscheidende ist der Umstand, daß den Bräsen bald der Rechts-, bald der Linksradikalen nicht nur der ahnungslose und hafenherzige Bürger zum Opfer fiel, sondern leider auch weite Arbeiterkreise. Was ich vorhin von den Deutschnationalisten sagte, gilt in noch höherem Maße von den Kommunisten. Ihre ganze politische Weisheit besteht im Provokieren, obwohl sich die Führer der Kommunisten ihrer jämmerlichen Schwäche durchaus bewußt sind. Wenn aber das Vorgehen der Deutschnationalisten eine Sünde wider den heiligen Geist der Politik war, ist es bei den

Kommunisten eine Sünde wider die heiligsten Menschenrechte, denn sie haben in ihrem Phrasennebel, in ihrem Kadavergehörig gegen Moskau mit den Leibern deutscher Arbeiter provoziert und gepulst, an ihren Händen fließt das Blut von Tausenden, das vergossen ist, auf ihnen ruht die Verantwortung für die Opferung der Toten und die drohende Verflawung der Lebendigen. Gegen die Reaktion und ihre Schrittmacher, das heißt die Rechtsrabiaten, die unsere Stellung in der Welt ruinieren, wehren wir uns, aber ebenso scharf und entschlossen gegen diese Sorte von Kommunisten, die aus der Räterepublik Münchens das Kahr-Bayern, aus der konstitutionellen Macht in Mecklenburg ein Großherzogtum Graefe und aus der thüringischen Arbeiterregierung den Ordnungsblock von Dinters Gnaden gemacht haben. Das sind die Erfolge der Dritten Internationale.

Der wüfteste Kampf der Kommunisten aber gilt uns. Wie recht hatte schon Kautsky, wenn er in seinem Vorwort zur Neuauflage der Inauguraladresse sagt: es gibt heute keine lauterer Schreier als die illegalen Agenten der Dritten Internationale. Dabei war es niemand klarer als Marx und Engels, daß der Marxismus als angewandte Wissenschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein anderes Gesicht zeigen müßte als zur Zeit der Gründung oder der ersten Dokumente. Wer die Vorworte Engels zu den verschiedenen Ausgaben des kommunistischen Manifestes liest, weiß, daß er die Notwendigkeit, ja die Voraussetzung für eine folgerichtige Anwendung erkannte, denn die ökonomische Entwicklung ist seit 1848 mit Riesenschritten vorwärtsgegangen. Den Anstoss, das kommunistische Manifest aus jenen Jahren zur Erklärung des primitiven Marxismus jener Zeit über den durch Marx selbst höher entwickelten Marxismus als Verflachung und Verarmung hinzustellen, hat niemand schlagender widerlegt als Otto Bauer, unser österreichischer Genosse, in der denkbar einfachsten Art. Er wirft die Frage auf, ob jemand glaubt, aus einem Lehrbuch der Physik aus dem Jahre 1848 den Stand der heutigen physikalischen Entwicklung mit drahtloser Telegraphie und Radio klarzumachen. Die Ökonomie aber hat sich ebenso wie die physikalische Wissenschaft entwickelt. Sollen die Lehrbücher aus 1848 die allein ungetrühten Quellen sein, aus denen die Erkenntnis fließt! Nein, Parteigenossen! Der Kommunismus und sein Mutterland Rußland können uns kein Vorbild sein. Marx ist, um die Entwicklungsgeschichte der kapitalistischen Gesellschaft zu studieren, nicht nach Moskau, er ist nach London gegangen. Der Gedanke, daß das bis vor wenigen Jahren nach allgemeiner Anschauung wirtschaftlich und politisch rückständigste Land plötzlich in allen Dingen ein Vorbild für die vorgeschrittenen Länder sein soll, ist geradezu ein Hohn auf den Marxismus selbst. Wie es viele Christen gibt, die den toten Christus anbeten, den Lebendigen aber, wenn er wiederkäme, nochmals ans Kreuz schlagen würden, so sehnen sich die russischen Machthaber heute noch nach der Asche von Karl Marx, um mit ihr in Rußland einen abergläubischen Hottuspokus zu treiben, den Lebendigen aber würden sie, wäre er heute in Rußland, da unterbringen, wo die Besten der Sozialdemokratie untergebracht sind, im Gefängnis.

Nein, Parteigenossen und -genossinnen, der Kommunismus von heute ist durchaus reaktionär. Er muß es sein, denn er ist keine Gründung zur Lösung der sozialen Frage, er ist Instrument der Außenpolitik Rußlands, wie ich auf dem Augsburger Parteitag im einzelnen dargelegt habe. Das kam niemals so plastisch zum Ausdruck als durch die Rede Trozki's, in der er den Anspruch Rußlands auf Konstantinopel ankündigte, die Beherrschung der Meerenge forderte. Man hat die Rede dementiert. Offenbar waren sie angesichts der englisch-russischen Verhandlungen zu ungeschickt. Ich glaube aber den russischen Erklärungen nicht, und den Dementis erst recht nicht, weil solche Reden, wenn sie bei der Be-

herrschung des Nachrichtenapparates durch die russische Regierung einmal nach außen gebrungen sind, sicher auf Wahrheit beruhen. So ziehe ich daraus die notwendigen Schlußfolgerungen. Mit dieser Erklärung Trozki's sind die Herren von der Dritten Internationale in Moskau glücklich bei dem politischen Testament Peter des Großen angekommen. Die Welt zeigt sich, von den Fenstern des Kremis aus gesehen, politisch immer in gleichem Licht, das auch Nikolaus II., Lenin oder Trozki hinaussehen. Nikolaus bekannte sich wenigstens zum Imperialismus, Panlawismus, während Trozki, Sinowjew im Namen der Weltrevolution reden. Im Namen der Weltrevolution haben sie angeblich in Georgien die Parteibrüder befreit, in Wahrheit haben sie nur den Kaukasus wieder an Rußland angeschlossen und damit England unnützlich gemacht, den Kaukasus als Schutzwall zwischen seine und die russischen Interessensphären in Asien zu legen. Rußland hat damit die politische Operationsbasis gegen den Verbindungsweg Englands nach Indien wiedergewonnen, für den die Jaren 50 Jahre Krieg geführt haben. Solche Erfolge erzielt man, wenn man Ueberfallstrategie auf den Namen der Weltrevolution tauscht, wie Trozki die ersten Panzerzüge auf den Namen von Karl Marx und Friedrich Engels taufte. Die Heere der großen französischen Revolution marschierten in ihrem Namen, um ihren Sieg über den Kontinent zu tragen und endeten mit der Errichtung des Napoleonischen Weltreichs. Trozki läßt im Namen der Weltrevolution marschieren, und sonderbar, die Heerstrafen seiner Armee sind genau die gleichen, auf denen der Zarismus vorrückte, erst gegen den Kaukasus, dann Persien, Afghanistan, und nun Konstantinopel! Um diesen Marsch zu unterstützen, benutzte die russische Regierung den Kommunismus, diese angebliche Form der Dritten Internationale, um die inneren Verhältnisse der anderen Staaten zu zermürben. Der einzige Gedanke, der dieser Politik zugrunde liegt, ist die Sicherung und Festigung des eigenen Staates, unbekümmert um Wohl und Wehe anderer Staatswesen.

Rußland hat auch keine andere Wahl, es muß die Marschroute der Großmacht wählen, denn alle anderen Länder der Welt, vielleicht außer Deutschland, sind antirussisch, nicht weil sie antikomunistisch, sondern weil sie Großgläubiger Rußlands sind. Deshalb bedroht Rußland den wundensten Punkt der Entente im Orient, unbekümmert um seinen damaligen Bundesgenossen Kemal Pascha, dessen Kampf in erster Reihe um Konstantinopel ging. Vielleicht aber fragen sich die Kommunisten in Deutschland einmal — es wäre wirklich ein Wunder, oder man muß wundergläubig sein —, wie die Erfüllung der älteren zaristischen Wünsche, Beherrschung des Kaukasus, Durchdringung Persiens, Bedrohung Konstantinopels im Sinne der Weltrevolution liegen soll. Nirgends sehen wir in der Tat die Aufopferung einer einzigen großrussischen panlawistischen Forderung, um der Dritten Internationale Vorstöße zu leisten. Funkprüfungen, Resolutionen, Anweisungen liegen im spezifisch russischen Interesse. Diese Anweisungen für die Parteifreunde draußen sind es, die ihnen den Weg zeigen, andere Staatswesen innerlich zu zermürben. Eine dieser so geschaffenen Zermürbungsorganisationen, deren Geschäftlichkeit zu beobachten wir Gelegenheit hatten, ist die Internationale Arbeiterhilfe.

Bürgerliche Politiker, Staats- und Kommunalbeamte, aber auch Sozialdemokraten sind der Internationalen Arbeiterhilfe auf den Leim gegangen. Wir sind im Besitz eines stenographischen Protokolls einer Sitzung des Zier-Muschusses von mehreren hundert Seiten. Darin sind die Anweisungen gegeben, um nach dem Rezept Lenins durch List, Lüge, Verschlagenheit und Verschweigung der Tatsachen der Dritten Internationale und der Großmacht Rußland zu dienen. Im Sinne dieser imperialistischen Politik liegt es, wenn Müngenberg in jener Sitzung offen erklärte: „Es ist natürlich überall zu versuchen,

gegen die blödsinnige pazifistische Einstellung der Arbeiterschaft wo irgend möglich anzukämpfen.“ Während nach den Leiden des Krieges und den furchtbaren Opfern die deutsche Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, den Gedanken: „Nie wieder Krieg!“ propagiert, hören wir, wie diese Männer der Internationalen Arbeiterhilfe ebenso wie Ludendorff und Wulle das als Blödsinn bezeichnen. Die Männer des 2ler-Ausschusses bestreiten heuchlerisch, Kommunisten zu sein. Wie stimmt dazu der Beschluß, der in fünffacher Gliederung gefaßt ist: „Die Mitglieder der Internationalen Arbeiterhilfe haben in ihrer heutigen Sitzung den Beschluß gefaßt, daß jeder von der Partei angeforderte Genosse sofort für die Partei freizugeben ist.“ Und weiter der Beschluß: „Nach den politischen Ereignissen muß die Internationale Arbeiterhilfe mehr als früher starke propagandistische Arbeiten durchführen und ist daher als Parteiapparat zu betrachten.“

Daß deshalb alle Genossen, die in der Arbeiterhilfe verbleiben, wie jeder andere Genosse, der in einem Parteiapparat arbeitet, in erster Linie diesem Parteiapparat zur Verfügung steht, d. h., daß alle Anforderungen von der Arbeiterhilfe den anderen Kommandierungen vorgehen.“

Vor dem 2ler-Ausschuß fallen alle Masken. Münzenberg sagt: „Sie wissen, daß die Kommunistische Internationale, seitdem sie überzeugt ist, daß der Gang der Revolution sich verlangsamt, in der Parole der Einheitsfront die Basis zu verbreitern sucht. Daher kann die Arbeiterhilfe Schritte tun, die politische Parteien nicht tun können.“ Weiter sagt er: „Wir haben uns dagegen zu wehren, daß wir eine rein kommunistische Organisation sind. Wir müssen andere Namen und Gruppen heranziehen, um die Verfolgung zu erschweren. Es ist nicht gerade interessant, „Klubs der Harmlosen“ zu gründen, aber wir müssen in die weitesten Kreise dringen und überall nachweisen: Rußland gibt alles preis, es hat sich gedemütigt, es tut alles, um der Welt den Frieden zu geben. Natürlich werden wir manche Genossen der Berliner Organisation nicht hereinbekommen. Man kann Ruth Fischer und Maslow nicht zumuten, solche Klubs zu gründen, mir sind die Hundertschaften auch lieber. Es kommt darauf an, in die Gewerkschafts- und bürgerliche Presse zu dringen. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterhilfe nicht nur an diesem Klub beteiligt ist, sondern sie benutzt, um den bürgerlichen Kreisen Wege zu weisen und Rußland nicht zu schaden. Das nutzt uns mehr, als wenn ständig in der Presse zu lesen ist, wie gut es Rußland geht. Wenn wir die Weltkonferenz betrachten, die von uns einberufen ist, stellen wir mit Genugtuung fest, daß sie mit der Annahme einer Resolution endete. Es ist eine Kommission zustande gekommen, in der Fimmen, Peus und andere sitzen. Durch sie muß die Kulturarbeit weitergetrieben werden. Ich zweifle nicht, daß die einzelnen Komitees der Kommunistischen Internationale und Sowjetrußlands einen guten Dienst leisten werden.“ In jener Konferenz wurden über die Not in Rußland ergreifende Mitteilungen gemacht. Um jeden Einwand zu zerschlagen, daß die Arbeiterhilfe eine kommunistische Organisation ist, sagt Münzenberg am Schluß: „Es ist uns möglich geworden, in fast allen Erdteilen Propagandaarbeit für die Arbeiterhilfe zu errichten. Ich kenne keine Bewegung in der internationalen Arbeiterorganisation mit so vielseitigen Aufgaben politischer Propaganda, parlamentarischer Interpellationen, Gründung vieler Komitees wie Kinderhilfe, Kinoabteilung, kaufmännischen Geschäften, Anleihepropaganda usw., die den Grundstein gelegt hat für eine systematische Arbeit in der Zukunft. Dabei hat die Arbeiterhilfe keine Zuschüsse von der Kommunistischen Internationale nötig gehabt. Der Zweck“, so schließt er, „zu dem wir leben, ist die breite Propagandaarbeit für Sowjetrußland. In allen Ländern, wo der revolutionäre politische Kampf weniger Bedeutung hat als in Amerika, werden unsere internationalen Arbeiterhilfskomitees vorübergehend den Aufbau der Kommunistischen Partei führen müssen.“

Ich glaube, das ist deutlich genug für die Genossen, die in der Arbeiterhilfe noch tätig sind. (Sehr richtig!) Die Arbeiterwohlfahrt mit nahezu 500 Ortsgruppen ist der Platz, wo unsere Parteigenossen zu arbeiten haben, wenn sie in Hilfsarbeit tätig sein wollen. Die Partei, die die Vernichtung der Sozialdemokratie auf ihre Fahne geschrieben hat, deren unstrukturelle, echt asiatische Kampfweise den Untergang der Zivilisation bei ihrem Sieg bedeuten würde, die in ihren Organen dumm prohodend schreit: Wir Kommunisten sind roh und ungebildet aus Prinzip, die von Gewalt, Lüge und Verleumdung lebt, ist unser Feind, wenn auch manche Genossen in ihr tätig sind. Entschieden und klar muß auf diesem Parteitag die Scheidelinie gezogen werden. (Sehr richtig!) Das mag manchem nicht gefallen, die die Einigung in Nürnberg nur mit halbem Herzen mitmachten, die in Nürnberg die Hand vielleicht nur erhoben bei der Art jenes Bäuerleins bei der Eidesleistung, der mit zwei Fingern bei dem Schwur Erbleitung gab, um sein Gelohnis unwirksam zu machen. Die Einstellung zu den Kommunisten ist eine von den Fragen, die der Partei seit der Einigung schwere innere Kämpfe gebracht haben. (Sehr richtig!) Das scheinbare Einlenken der Kommunisten nach der Katastrophe des mitteldeutschen Aufstandes täuscht unsere Genossen vielfach. So kam es zum Zusammenschluß in Thüringen und Sachsen, wo man besonders vertrauensfelig und hoffnungsvoll war. Es waren nicht nur ehemalige Unabhängige, sondern auch frühere SPD-Leute, die den Stein der Weisen in der proletarischen Einheitsfront — wie die Kommunisten sie auffassen — gefunden zu haben glaubten.

Ich will nicht auf das Kapitel des Kampfes und der Beschimpfungen eingehen, mit denen der Parteivorstand bedacht wurde. Mir scheint, nach den Reichstagswahlen ist in der Partei eine gewisse Entspannung eingetreten, als bekannt wurde, daß der Kurs Ruth Fischer-Maslow, der Kurs des mitteldeutschen Aufstandes, eingeführt werden sollte und nach dem neuen Brevier der Kommunistischen Partei, der in allen Gemeinden eingeführt werden sollte. Es ist ein Exzerptreglement für die Funktionäre der Kommunistischen Partei, für parlamentarisches Notentium bis zum vorgesehenen Gesang der Internationale beim selbstprovokierten Hinauswurf, das das alte preussische Exzerptreglement weit hinter sich läßt. Die Ausführungen Brandlers in Moskau sind kaum mehr nötig als Beweis für diesen politischen Irrtum unserer Genossen, weil es der KPD nicht auf die Regierung, sondern auf Beschaffung von Waffen für die Revolution in Deutschland ankam. Sie führten Heinze nach Dresden und haben das Eingreifen des Parteivorstandes notwendig gemacht, dessen Ermahnungen unbeachtet blieben. Gegen den Willen der Mehrheit der Organisationen in Sachsen, durch starken Druck auf die Landtagsfraktion traten wir im Parteivorstand für die Bildung einer Regierung im Zusammengehen mit den Demokraten in irgendeiner Form ein, um Heinze durch dieses Mittel aus Sachsen hinauszubringen. Trotz aller Schmähungen zähle ich diese Arbeit zu den wertvollsten und für die Partei wichtigsten und bin stolz darauf, sie mitgeleitet zu haben, und stolz auf unseren Erfolg. Vierundzwanzig Stunden Arbeit hatten genügt, um Heinze zu entfernen. Auch unsere Opponenten waren froh, daß sie die Loga ihres Prinzips sich rein halten konnten und andere die Verantwortung für das trugen, was die Verständigen unter ihnen als notwendig erkannten.

Zu den Verständigen gehört auch Zeigner. Ich nenne keinen Namen nicht, um auf seine Stellung gegen uns einzugehen. Ich muß aber daran erinnern, daß Zeigner den Parteivorstand unter dem lebhaften Beifall einer Berliner Funktionärerversammlung der moralischen Korruption bezichtigen konnte, den Beweis aber ablehnte, so daß wir im Parteivorstand uns zu dieser Anklage heute noch im Verteidigungszustand befinden. Wenn einer der Freunde

Zeignern auf dem Parteitag sich die Anklage der moralischen Korruption zu eigen machen will, bitten wir dringend darum, das hier vor dem Forum der Gesamtpartei zu tun. Wir sind bereit, auf alles einzugehen, was gegen uns gesagt und geschrieben ist, dessen Höhepunkt jener Artikel im Zwickauer Parteiblatt darstellt, wo gesagt wurde, daß 60 000 Mann Soldaten aufmarschieren mußten, um drei Kommunisten in Sachsen zu entfernen, daß aber dazu, wozu die 60 000 zu schwach waren, die zwei Männer aus der Vinzenstraße kommen mußten, um die nothenändige Hilfsstellung zu geben. Diese Hilfsstellung haben wir nicht den 60 000 gegeben. Wie die Entwicklung in Sachsen ohne unser Eingreifen heute wäre, das zeigt Thüringen und Mecklenburg, davon sind Sie alle innerlich selbst überzeugt. (Sehr richtig!)

Es war meine Absicht, auf alle diese Kämpfe einzugehen, weil ich das der Partei schuldig zu sein glaubte. Wir im Parteivorstand gehörten mit Schimpf und Schande aus der Partei gestoßen zu werden, wenn alles zuträfe, was man uns in jenem Artikel an den Hals gehängt hat. Ich tue das nicht, weil ich die Situation für entspannt halte. Aber ich bitte Sie dringend, Genossen von der Opposition, lassen Sie sich durch nichts beirren, die Reinigung der Partei an Haupt und Gliedern vorzunehmen, die Sie so oft angekündigt haben. Wir waren gezwungen, uns in einer kleinen Schrift gegen das organisierte Treiben der Opposition zu wenden. Wenn in München zwei Tage vor der Reichstagswahl in einem Flugblatt mit dem Titel „Kritische Flugschriften der Opposition in der USPD.“ der Fall Auer erscheinen konnte, dann werden Sie mir recht geben, daß es sich da um einen skrupellosen Kampf handelt. Ich muß aber sagen, daß während des Wahlkampfes die Parteipresse einheitlich eingestellt war. Wenn nach der Wahl der Beschluß des Parteivorstandes auf Herbeiführung des Volksentscheides kritisiert wurde, nehme ich das nicht tragisch, seitdem ich gesehen habe, daß unsere Gründe überall da, wo sie in Zusammenhang vorgetragen werden konnten, durchschlagenden Erfolg erzielt haben. Wir können mit Stolz sagen, daß die grundsätzliche Einheit im Wahlkampf nicht an den Grenzen des Reiches haltmachte, sondern sich auf die ganze Internationale erstreckte.

Daß die Internationale sich nach dem Krieg so rasch wieder zusammengefunden hat und alle Kriegsfolgen überwinden konnte, daß sie sich als ein geschlossenes, aktionsfähiges Ganzes darstellt, das rechnet auf zu den größten Tatkraften der Weltgeschichte, und vor allen Dingen sind wir stolz darauf, daß die Einigung der sozialistischen Internationale die erste sichtbare Frucht der Einigung der deutschen Sozialdemokratie war, daß wir deutschen Sozialdemokraten ihr den Weg bereiteten und daß diese Tatkraft sich in Hamburg, auf deutschem Boden vollzog. Ueber die Siege unserer englischen, französischen, österreichischen und dänischen Genossen, mit denen wir in dem deutsch-dänischen Grenzabkommen ein Friedensdokument von bleibendem Wert geschaffen haben, haben wir gebuhelt, weil wir sie als die Siege eines Ganzen empfanden, dessen Teile wir sind. Sie wissen aus zahlreichen Befundungen der Solidarität in Wort und Tat, daß die Genossen draußen an unseren Kämpfen ebenso leidenschaftlichen Anteil genommen haben wie wir an ihren.

Uns alle eint der gemeinsame Wille, die gegenwärtigen Schwächen der Arbeiterklasse, die eine Folge des Krieges sind, ihre leibliche und seelische Not zu überwinden und in einem gerechten, dauerhaften Frieden die Grundlage für einen neuen Aufstieg zu gewinnen. So stehen wir vor unseren ausländischen Genossen heute nicht mit leeren Händen da, da die Politik der friedlichen Verständigung im Deutschen Reichstage eben erst einen großen Sieg erfochten hat. Da zeigt sich, wie töricht der Glaube war, der Ausgang einer einzelnen Wahlschlacht könnte genügen, um über die deutsche Sozialdemokratie

zur Tagesordnung überzugehen. Mögen jene über ihren kurzfristigen Sieg jubeln, wir haben längst gewußt, daß Unkraut schneller wachsen kann als der Baum. Aber wenn das Unkraut längst verdorrt ist, wächst der Baum weiter, weil er seine Wurzeln tief in das Erdreich versenkt hat. Die deutsche Sozialdemokratie wird wachsen, weil sie eine Lebensnotwendigkeit für das arbeitende Volk Deutschlands ist. Sie muß allen Stürmen trotzen, allen Feinden widerstehen. In diesem Bewußtsein sind wir nicht nur organisatorisch vereinigt, nein, sind wir bereits zu einer inneren Einheit zusammengewachsen. Einig wollen wir marschieren, einig wollen wir schlagen unter der alten Parole: Alles für das Volk, alles durch das Volk! (Lebhafter Beifall!)

Ludwig-Berlin: Im gestrigen Leitartikel des „Vorwärts“ zum Parteitag heißt es, daß wir uns unter den gegenwärtigen revolutionär veränderten Verhältnissen nicht mehr auf das Agitieren, Organisieren und Theoretisieren beschränken können, sondern daß jederzeit die Stoßkraft unseres politischen Willens mit entscheidend ins Gewicht fällt. Das ist nicht falsch. Für die richtige Anwendung dieser Stoßkraft jedoch ist noch immer entscheidend das Agitieren, das Organisieren. Die schönsten Entschlüsse und Willenserklärungen nützen nichts, wenn dahinter nicht eine kampfbereite, organisierte Masse steht. Deshalb halten wir schon den Punkt, über den ich hier für den Parteivorstand zu berichten habe, als einen der wichtigsten überhaupt.

Im gestrigen Leitartikel des „Vorwärts“ zum Parteitag heißt es, daß wir uns unter den gegenwärtigen revolutionär veränderten Verhältnissen nicht mehr auf das Agitieren, Organisieren und Theoretisieren beschränken können, sondern daß jederzeit die Stoßkraft unseres politischen Willens mit entscheidend ins Gewicht fällt. Das ist nicht falsch. Für die richtige Anwendung dieser Stoßkraft jedoch ist nicht immer entscheidend das Agitieren, das Organisieren. Die schönsten Entschlüsse und Willenserklärungen nützen nichts, wenn dahinter nicht eine kampfbereite, organisierte Masse steht. Deshalb halten wir schon den Punkt, über den ich hier für den Parteivorstand zu berichten habe, als einen der wichtigsten überhaupt.

Seit der Vereinigung der beiden Parteien in Nürnberg sind 1½ Jahre verfloßen. Wir legen Ihnen im Bericht eine Tabelle über Mitgliederbeiträge, Mitgliederbewegung, Kassenverhältnisse vor, die Gründe dafür sind Ihnen bekannt. Es geschieht aus Mitleid mit Ihnen, weil wir annehmen, daß Sie fünf-, sechs-, zehn- und siebenzehnstellige Zahlen doch nicht mehr lesen können. Der Kassenbericht, den der Parteivorstand Ihnen vorlegt, erstreckt sich deshalb nur auf die Zeit vom 1. Januar dieses Jahres bis zum letzten April, er wird von mir erweitert bis zum 12. Juni.

Die geschäftliche Vereinigung ging nicht immer reibungslos in den einzelnen Städten und Bezirken vor sich. Die Betriebe der beiden Parteien, die zusammenzulegen waren, bestanden in verschiedenen Formen, 1. G. m. b. H., 2. offene Handelsgesellschaft, 3. Aktiengesellschaft, 4 die Form der Genossenschaft. Der Parteivorstand hat die Erfahrung machen müssen, daß die zweckmäßigste Form die G. m. b. H. ist. Er hat deshalb überall diese Art Firmierung empfohlen. Eine Reihe von Unternehmungen mußte Ende 1922 veräußert werden, da die einsetzende Wirtschaftskrise die Partei zu diesem Schritte zwang, um andere Einrichtungen aufrechterhalten zu können. Veräußert wurden die Unternehmungen in Leipzig, Plauen, Magdeburg, Nürn-

berg, Hagen, Stuttgart (Dieß) und Bremen sowie Haus und Grundstück der Zentrale der U.S.P.D. in Berlin. Die überschießenden Mittel wurden überall der Gesamtpartei zugeführt. In zwei Fällen kann der Parteivorstand nicht berichten, in welcher Weise die Bestände verwandt worden sind.

Es ist überhaupt notwendig, einmal von dieser Stelle aus ein deutliches Wort für viele, die es angeht, zu sagen.

Alle Parteiunternehmungen draußen im Lande, gleichviel ob sie Genossenschaftsdruckereien, G. m. b. H., Aktiengesellschaften darstellen, sind Eigentum der Gesamtpartei Deutschlands. Man sollte es kaum für möglich halten, daß es Parteigenossen gibt, die anderer Meinung sind. Es gibt solche, die uns in Briefen schreiben: „Unser Unternehmen geht dem Parteivorstand gar nichts an. Es ist eine Genossenschaft usw.“ Bei manchmal eintretenden schwierigen Verhältnissen hat man immer gemußt, die Gesamtpartei — vertreten durch den Parteivorstand — zu finden. Wir wollen hier ausdrücklich feststellen, daß überall in allen Orten die Genossen nur Treuhänder der Gesamtpartei sind und daß sie nur für die Gesamtheit die Verwaltung der Geschäfte zu führen haben. (Beifall.)

Bei der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien im Oktober 1923 zählte die SPD. nach dem Bericht des Parteivorstandes in Augsburg 1 174 105 Mitglieder, die U.S.P.D. nach dem Bericht in Gera 290 762 Mitglieder. Nach den Feststellungen der Bezirksleitungen haben, verursacht durch Treibereien einzelner Blindgänger, nur 206 065 Mitglieder der U.S.P.D. die Vereinigung mit der SPD. vollzogen. Nach den verkauften Beitragsmarken — nicht nach der Höhe der Beitragssumme, die ja keinen Maßstab darstellt — zählte die vereinigte Partei am Jahreschluß 1 261 072 Mitglieder, darunter 130 000 Genossinnen. Auf diese Zahl können wir stolz sein, wenn wir bedenken, welche furchtbare Krise, Inflationsperiode, hinter uns liegt und in welchen etenden wirtschaftlichen Nöten sich die deutschen Arbeiter auch zurzeit noch befinden. Die Rederei und Schreiberei, daß die Sozialdemokratische Partei einem Leichnam gleiche, der nur noch verscharrt zu werden brauche, ist Unsinn. Wo ist eine Partei, die mit den gleichen geringen Mitteln so ungeheuer viel leistet, so daß sie heute wieder berichten kann, daß Organisation und alle Einrichtungen der Gesamtpartei sich in bester Verfassung befinden. Während der Inflationsperiode war die ganze Tätigkeit der Parteileitung, aber auch die der Bezirke, darauf gerichtet, die Organisation und die notwendigen Organe und Einrichtungen aufrechtzuerhalten. Die Bezirke sowohl wie der Parteivorstand mußten, so schmerzhaft es war, während der schlimmsten Zeit viele Angestellte und Arbeiter entlassen. Der Höhepunkt der Krise wurde im letzten Quartal 1923 erreicht.

Da mußten eingestellt werden „Die neue Zeit“, „Der wahre Jakob“, „Die Gleichheit“, das „Mitteilungsblatt des Parteivorstandes“, „Der Freie Beamte“ und die „Gemeindepolitik“. Der Parteivorstand hat bis zu der Zeit vierzig über ganz Deutschland verteilte Angestellte entlassen müssen. Das alles ist in der Organisation überwunden worden und seit Januar berichten alle Bezirke über eine Aufwärtsbewegung.

Es ist aber auch gelungen, die Parteipresse während der Wirtschaftskrise, insbesondere während der Inflationsperiode zu erhalten. Neben der Treue der Genossen und Genossinnen als Leser, als Vertrauensleute, als Treuhänder, als Breßkommissionsmitglieder, als Arbeiter oder als Angestellte verdanken wir diese Tatsache den Geschäftsführern unserer Parteigeschäfte, und der Parteivorstand beauftragt mich ausdrücklich, diesen allen

den besonderen Dank der Partei abzustatten für ihre Hingabe und große Aufopferung in jener tollen Zeit des Jahres 1923. Mancher Genosse hat vielfach mit seiner Gesundheit dieses Opfer gebracht.

Die Partei verfügt zurzeit über 169 Zeitungen. 104 Zeitungen werden in eigenen Druckereien hergestellt. In diesen befinden sich 121 Rotationsmaschinen, 259 Schnellpressen und 288 Seksmaschinen.

Gegen 1914 verfügt die Sozialdemokratische Partei um das Doppelte an Parteizeitungen, aber auch der Verstand, der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückgegangen war, steigt seit Januar und hat die Friedenszahl überschritten.

Der Parteivorstand gibt seit einiger Zeit wieder das „Mitteilungsblatt für Funktionäre“ heraus, neu erscheint ab Juli dieses Jahres „Die Genossin“, Informationsblätter für weibliche Funktionäre. Der „Freie Beamte“ wird demnächst ebenfalls wieder erscheinen.

Zur Reichstagswahl hatte der Parteivorstand die Organisation der Materiallieferung für die Bezirke längst vor der Auflösung des Reichstages in Angriff genommen. Wenige Tage nach der Auflösung erhielten die Bezirke das Handbuch für die Reichstagswahl zugestellt, sodann ein kleines Merkbuch für Parteifunktionäre, fünf Ausgaben Referentienmaterial, darunter zwei Ausgaben für weibliche Wähler. Außerdem lieferte der Parteivorstand den Bezirken 2 000 000 bunte Flugblätter und fünfzehn verschiedene Sorten Plakate in einer Gesamtauflage von 500 000 Stück. Daneben wurden den Bezirksleitungen 43 verschiedene Flugblattentwürfe zur Verfügung gestellt, so daß von vielen Seiten im Gegensatz zu anderen Gelegenheiten gesagt wurde: „Parteivorstand, höre auf mit deinem Segen“. An Gesamtkosten hat der Parteivorstand für die Reichstagswahl 145 000 Mark ausgegeben. Er hat alle Materialien den Bezirken gratis geliefert. Die Gesamtkosten der Partei zur Reichstagswahl betragen nach unseren Feststellungen rund 845 000 Mark für sämtliche 35 Wahlkreise. Die Wahl mit diesen geringen Mitteln bei der Heftigkeit des Wahlkampfes zu führen, war nur möglich mit einer opferbereiten Organisation, in der fast alle Organisationsarbeiten für die Wahl ohne Entgelt geleistet wurden.

Der Parteiverlag Dieß (früher „Vorwärts“-Buchhandlung) hatte vom Parteivorstand den Auftrag, alle eingegangenen Zeitschriften wieder erscheinen zu lassen, sobald die Verhältnisse es ermöglichen. Dabei sollten aber alle die Lehren der letzten Jahre beachtet und berücksichtigt werden. Inwieweit das gelungen ist, müssen Sie in der Diskussion nachher sagen.

An Stelle des „Wahren Jakob“ erscheint seit dem 15. Januar dieses Jahres das Witzblatt der Republik „Lachen links“. Redaktion und Verlag wissen, daß noch sehr viel für den Ausbau des Blattes zu tun ist.

Für die Frauen erscheint seit dem 1. März dieses Jahres die „Frauenwelt“. Bis jetzt liegen acht Nummern vor. Es ist mit vieler Mühe gelungen, der „Frauenwelt“ sofort einen Modeteil beizufügen, ja es ist möglich gewesen, ab Nummer 4 einen eigenen Schnittmusterbogen herzustellen. Die Auflage beträgt heute 67 000. Alle Bezirksvorstände haben kurz vor dem Parteitag durch uns eine Uebersicht erhalten, welche Orte Bezahler der „Frauenwelt“ sind. Wir sprechen den Wunsch aus, daß beim nächsten Parteitag der Verlag den Bezirksleitungen nur noch mitzuteilen braucht, welche Orte nicht Bezahler sind. Der „Frauenwelt“ liegt eine Beilage „Kinderland“ bei. Diese Beilage „Kinderland“ hat bereits heute 5000 feste Abonnenten in den Kindergruppen der einzelnen Parteiorde. Der Verlag hat außerdem am 1. April im Auftrag des Parteivorstandes die wissenschaftliche Zeitschrift „Die Gesellschaft“, redigiert vom

Genossen Rudolf Hilferding, herausgegeben. Der Verlag kann heute über 5000 feste Abonnenten buchen. Die Zeitschrift erscheint monatlich einmal. Sie ist von vielen Parteigenossen begrüßt worden, und wir sprechen die Hoffnung aus, daß wir zu den fünfeinhalb Tausend Lesern weitere fünftausend in aller Kürze verzeichnen können. Außerdem wird wieder am 1. Juli dieses Jahres eine Kommunalzeitschrift: „Die Gemeinde“ — Halbmonatszeitschrift — für sozialistische Arbeit in Stadt und Land, erscheinen. Die erste Nummer liegt Ihnen bereits vor. Sie befindet sich in der Mappe, die Ihnen der Verlag Diez überreicht hat. Auch hier wird der Verlag alle die Erfahrungen berücksichtigen, die früher bei den Zeitschriften ähnlicher Art gemacht worden sind. Vor allen Dingen soll die Redaktion darauf achten, daß die kleineren und mittleren Orte, besonders die Landgemeinden, genügend berücksichtigt werden. Es war vielleicht ein großer Mangel solcher Zeitschriften, daß sie hauptsächlich auf die großstädtischen Verhältnisse zugeschnitten waren. (Sehr wahr!)

Ich komme jetzt zu dem Kassenbericht der letzten Monate. Da muß ich dem Parteitag berichten, daß nach unserer Auffassung die Liebe zum Parteivorstand von Tag zu Tag mehr gewachsen ist. Sie hat den Höhepunkt erreicht vom 1. bis zum 12. Juni in Gestalt der Geldeingänge aus den Bezirken. Während wir in den Monaten Januar bis einschließlich Mai eine monatliche Durchschnittseinnahme von 23 000 Mk. an Beiträgen buchen konnten, sind vom 1. bis 12. Juni 32 000 Mk. bei uns eingegangen, ohne die Beträge, die die einzelnen Delegierten wahrscheinlich persönlich mitgebracht haben.

Die Gesamteinnahme des Parteivorstandes in den zurückliegenden letzten fünf Monaten betrug an Beiträgen der Mitglieder 151 727 Mk., 145 234 Mk. andere Beiträge, darunter 63 187 Mk. aus der internationalen Sammlung, 178 543 Mk. von den Parteigeschäften, 17 482 Mk. von der Einkaufszentrale, 763 Mk. zurückgezahlte Darlehen, 105 Mk. Zinsen und 8784 Mk. sonstige Einnahmen.

Die Ausgabenposten wollen Sie, bitte, im gedruckten Bericht nachsehen.

An Beiträgen sind bis zum 10. Juni 151 727 Mk. vereinnahmt worden. Die einzelnen Bezirke, wir zählen 31, haben mit einer Ausnahme dazu beigetragen. An der Spitze der finanziellen Leistung steht Hamburg mit 17 850 Mark, dann folgt Leipzig mit 14 857 Mk., Chemnitz-Zwidau mit 12 556 Mk., Berlin mit 11 250 Mk., Hannover mit 9365 Mk. Ich zähle die übrigen Bezirke nicht mehr auf. An welcher Stelle der finanziellen Leistung an den Parteivorstand der einzelne Bezirk steht, ist von uns persönlich zu erfahren. Die Größe der Bezirke nach den Mitgliederbeiträgen errechnet ist Hamburg, Hannover, Leipzig, Schleswig-Holstein, Franken, westliches Westfalen usw.

Nach fünf Monaten ist es das erstmal wieder möglich, einen Vergleich gegen früher, das heißt vor dem Kriege, anzustellen. Die Sozialdemokratische Partei hatte vor dem Kriege im letzten Geschäftsjahr eine Gesamteinnahme von 1 400 000 Mk. Wir haben also gegenwärtig fast den Friedensstand erreicht. Dabei muß ausdrücklich betont werden, daß alle Orte, Bezirke und auch der Parteivorstand früher über kleinere und größere Reserven verfügt haben, das ist heute nicht der Fall. Die Richtung, in der wir alle zu arbeiten haben, ist von selbst gegeben.

Ehe ich den Kassenbericht abschließe, will ich auch noch namens des Parteivorstandes den Genossen aus der Internationale besonderen Dank sagen. Die deutsche Sozialdemokratische Partei hat aus dieser Sammlung 100 000 Mk. in den letzten 1½ Jahren zur Aufrechterhaltung ihrer Organisation und Einrichtungen erhalten. Wir danken allen Genossen in den europäischen Staaten, auch jenseits des Ozeans, für diesen Akt der Solidarität. (Lebhafter Beifall.)

Unser Stolz wird sein, alles zu tun, die früher so oft befundene deutsche Solidarität bei der ersten Gelegenheit zu beweisen. (Bravo!)

Ueber die speziellen Gebiete unserer Organisation, über die Frauenbewegung und die Arbeiterwohlfahrt verweise ich auf den Ihnen gedruckt vorliegenden Bericht.

Das Bildungsweesen der Partei befindet sich, ebenso wie die Jugendorganisation und Erziehungsbewegung der Kinderfreunde, in neuem Aufstieg. Die Kinderfreundebewegung zählt, obwohl sie erst etwa ¼ Jahr besteht, bereits 70 Ortsgruppen, die Jugendorganisation hat eine Mitgliederzahl von über 100 000 und die Zahl der Bildungsausschüsse ist auf 600 angewachsen. Eine ähnliche erfreuliche Entwicklung zeigt auch die Jungsozialisten- und Lehrerbewegung.

Wir haben alles getan, um die Kultureinrichtungen auch durch die schwerste Zeit der Inflationsskrisis durchzuhalten, und es ist dies auch gelungen, wie wir mit Genugtuung feststellen können.

Wir wissen, daß der Sozialismus als Kulturgebilde heute in weitesten Kreisen lebendig ist, daß insbesondere bei unseren jüngeren Genossen ein starker Drang herrscht, sich mit den Problemen der Zeit geistig auseinanderzusetzen und an der Vertiefung der sozialistischen Weltanschauung zu arbeiten.

Daraus erwachsen uns als Kulturpartei Verpflichtungen, die wir soweit als möglich zu erfüllen bestrebt sind.

Ich habe Ihnen nun gesagt, was der Parteivorstand als Treuhänder der Partei und was seine durch ihn vertretenen Parteigeschäfte, Institutionen usw. während der rückliegenden Berichtszeit getan haben. An Ihnen liegt es, nachher zu sagen, was nicht getan worden ist oder, was ich absolut nicht für ausgeschlossen halte, was falsch gemacht worden ist. Alles was geschehen ist und was geleistet worden ist, geschah in der Absicht, der arbeitenden Klasse in Deutschland zu dienen und diese einer besseren Zeit entgegenzuführen. (Lebhafter Beifall.)

2. Bericht der Kontrollkommission.

Berichterstatter Brühne-Frankfurt a. M.: Die Kontrollkommission hat sich seit dem letzten Parteitag mit zwei Beschwerden zu befassen gehabt. Bei Aufhebung des Parteigeschäfts J. H. Diez Nachfolger wurden an die Angestellten und Arbeiter 8 Millionen Mark Entschädigung gezahlt. Im Frühjahr 1923 war dies noch eine große Summe. Diese 8 Millionen sind mit Einverständnis des Arbeiterrats der gesamten Angestellten und Arbeiter mit 7,5 Millionen sofort an die Angestellten und Arbeiter verteilt worden, während ½ Million zurückgehalten wurde, um im Notfalle aus diesem Fonds an die in Frage kommenden noch etwas zahlen zu können. Nachträglich hat der Genosse Otto, der im Geschäft tätig war, Beschwerde gegen die Verteilung erhoben. Die Beschwerde mußte abgelehnt werden, weil die Angelegenheit mit dem Stuttgarter Geschäft abgeschlossen war. Alle Angestellten und Arbeiter sind sofort in anderen Stellungen untergebracht worden; eine Notlage war also nicht vorhanden.

Eine weitere Beschwerde ging vom Parteisekretariat für den 17. hannoverschen Wahlkreis aus. Sie wurde gegen einen Beschluß des Parteivorstandes wegen Aufstellung des Genossen Noske als Spitzenkandidat im Wahlkreis Ost-hannover erhoben. Der Parteivorstand hatte beschlossen, von einer Aufstellung des Genossen Noske in dieser Legislaturperiode Abstand zu nehmen. Die Kontrollkommission kam zur Ablehnung der Beschwerde.

Die Kontrollkommission hat seit der letzten Reichstagswahl die Geschäfte des Parteivorstandes kontrolliert, ebenso „Vorwärts“-Buchhandlung, Parteikasse, Arbeiterjugend usw. Im Jahre 1923 war die Kassenrevision kein Ver-